

Sonntag, 11. August 1918

Zeitung

gelehrten Sachen

3 Mark bei wöchl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Teuerungsgeld 1 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. in SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26

Fernsprech - Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Oise gescheitert.

Handelspolitische Bevorzugung.

Von

Professor Dr. Franz Eulenburg, Aachen.

Die Vertiefung unseres Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn wird sich nicht nur auf die politische und militärische Seite erstrecken, sondern auch unsere wirtschaftlichen Beziehungen zum Gegenstande eingehender Verhandlungen machen. Bei der Schwierigkeit der Materie dürfte es geraume Zeit dauern, bis die Fragen spruchreif geworden sind. Aber es wird durchaus erwünscht sein, in der Zwischenzeit die Probleme einer Erörterung zu unterziehen. Es stehen uns an sich mehrere Möglichkeiten offen, unsere künftigen Handelsbeziehungen mit Oesterreich-Ungarn zu regeln: Die vollkommene Zollunion — gemeinsamen Außenzoll mit erniedrigten Zwischenzöllen —, die gegenseitige Bevorzugung, endlich erweiterter Handelsvertrag mit allgemeiner Meistbegünstigung. Nachdem längere Zeit die zweite dieser Möglichkeiten, die gemeinsame Außenzollunion mit ermäßigten Zwischenzöllen, vor allem im Vordergrund des Interesses gestanden hatte, scheint man diesen Gedanken wegen der inneren Schwierigkeiten aufgegeben zu haben. Stat dessen hat der Gedanke der „gegenseitigen Bevorzugung“ für die künftigen Wirtschaftsbeziehungen großen Anklang gefunden. Die vorläufigen Abmachungen mit den östlichen Staaten sind darauf aufgebaut, daß gegen eine Bevorzugung der beiden Mittelmächte seitens der anderen Staaten kein Widerspruch erhoben wird. Der Gedanke ist besonders lebhaft vor einiger Zeit von dem ungarischen Handelsminister Szterenyi im ungarischen Abgeordnetenhaus betont worden. Er hat „die Bevorzugung“ als das beste System der künftigen Wirtschaftsbeziehungen hingestellt. Szterenyi ist auch in der Literatur kein Fremder. Er hat unter dem Titel „Ungarn und Deutschland“ (Jena 1917) eine Reihe von Vorträgen und Borträgen veröffentlicht, die diesen Gedanken der Bevorzugung vom ungarischen Standpunkt aus uns näherzubringen suchen.

Wir dürfen annehmen, daß sie auch das Programm enthalten, das das ungarische Ministerium in der wirtschaftlichen Annäherung zu befolgen gedenkt. Es läuft auf die Bevorzugung (Präferenz) in allen Beziehungen hinaus. Nicht nur die Zollfrage sollen darunter fallen, sondern ebenso auch die Eisenbahn- und Frachttarife, die Submissionen bei Staatsaufträgen, die Anleihebedingungen, Niederlassungsrecht, Erhebungsgebühren bis zu den Kolleggelbern herab. Bevorzugung also auf der ganzen Linie. Man glaubt dadurch die Nachteile, die eine völlige Zollunion für Oesterreich und noch mehr für Ungarn im Besolge haben können, glücklich zu vermeiden. Denn man gibt in werten Kreisen der Regierung wie auch der Industrie zu, daß der volle Wettbewerb mit der deutschen Industrie den eigenen Bestrebungen geschädlich werden dürfte. Namentlich Ungarn glaubt trotz ungünstiger Produktionsbedingungen die Förderung der eigenen Industrie nicht entbehren zu können. Einmal aus finanziellen Gründen, weil nur durch die industrielle Entwicklung das Land wohlhabender zu werden und die Kriegskosten zu tragen vermöchte. Sodann brauche die Landwirtschaft einen Absatzmarkt ihrer Erzeugnisse in der Nähe; der könne nur in der eigenen Industrie gefunden werden. Endlich vermöchte nur die Industrie der ländlichen Ueberschußbevölkerung, die bisher auswanderte, hinreichende Beschäftigung im eigenen Lande zu gewähren. Eine Vorzugsbehandlung, die Deutschland im Zolltarife erhielt, würde aber die Niederrückung der österreichisch-ungarischen Industrie verhindern und könne dabei doch den Bundesgenossen erhebliche Vorteile bieten. Man denkt sich die Sache so, daß in den künftigen Handelsverträgen, die Deutschland und Oesterreich-Ungarn mit dritten Staaten schließen, sie sich in den meisten Artikeln niedrigere Zölle einräumen als andere Länder. Allerdings ist man sich meist klar darüber, daß die Bevorzugung dem Gedanken der Meistbegünstigung, wie sie bisher aufgefaßt wurde, widerspricht. Diese setzt völlige Gleichbehandlung ohne Ausnahme voraus. Man glaubt dem aber entgegen zu können: Ähnlich, wie der Frankfurter Frieden nur bestimmte Länder in die Meistbegünstigung aufnahm, so sollen auch jetzt in dem Friedensvertrage die Mittelmächte sich von dieser Formel ausnehmen.

Dabei wird österreichischerseits der Gedanke der Meistbegünstigung viel leichter genommen als von deutscher Seite. Man weiß dort mit Vorliebe auf die zahlreichen heimlichen und öffentlichen Durchbrechungen hin, die die Meistbegünstigung sowohl dem Inhalte wie dem Umfange nach erfahren habe. Nicht nur die englischen Kolonien räumen dem Mutterlande eine Bevorzugung ein, sondern sie sei auch von Seiten der Vereinigten Staaten oft geäußert worden. Ebenso suche man auf andere Weise — durch Flaggenzölle, Richtungsstarke auf der Eisenbahn, Spezialisierung der Zolltarife — die Herkunft der Waren verschieden zu treffen. Kurz, die Meistbegünstigung sei im Grunde eine leere Formel geworden, die gewiß sehr bequem sei, auf die es in Wirklichkeit aber nicht so sehr ankomme. Dieser Standpunkt ist vom österreichischen

sehr leicht von selbst ein: von zwei Kontrahenten, die „einander ähnlich“ vorgehen, sich aber gegenseitig voreinander schützen sollen, ist es immer der Schwächere, der den Ton angibt und den reißt, bzw. die Karte, bestimmt. Eine weitere Erhöhung der Zölle sowie sowohl auf Nahrungsmittel wie Industrieerzeugnisse würde aber für Deutschland verhängnisvoll werden. Wir brauchen nach dem Kriege niedrige Produktionskosten und eine Herabsetzung der Preise auf allen Gebieten, um die Kaufkraft des inneren Marktes zu heben und um auf dem Weltmarkt unsere Stellung wiederherzustellen. Für uns sind also gerade niedrige Zölle in der Lebensbedingung, von der wir nicht loslassen.

Zwar ist vielfach gesagt worden, und vor allem Gustav Stosperit das mit Nachdruck betont, Oesterreichs Handelspolitik würde überhaupt freihändlerisch gestimmt sein: Sie brauche die Weltmarkt könne natürlich nur durch Abbau der Zollfrage dahin gelangen. Aber es ist höchst unwahrscheinlich, daß die maßgebenden Kreise in Oesterreich-ungarischen Industrie diese Anschauung teilen. Kapitalarm ist (jährliches Volkseinkommen Oesterreich-Ungarns nach Fellner 17 Milliarden Mark, Volksvermögen 105), auf diese Einnahmen kaum verzichten können. Andererseits wird man die unentstandenen Industrien nun am allerwenigsten dem deutschen Wettbewerb aussetzen wollen. Ebenjowenig wie man die alten, stehenden Industrien, die unter dem Kriege schwer zu leiden hatten, schutzlos preisgeben wird. Man darf vielmehr annehmen, daß Oesterreich-Ungarn bei den Zöllen verbleiben wird. Das aber deutet, daß das System der Bevorzugung zu einer Erhöhung der Ertragstarife führen muß. Wenn man sich diese Sachlage und die Konsequenzen klarmacht, so wird man sich gegenüber der Bevorzugung formell wie materiell ablehnend verhalten.

Es wird gewiß noch sehr eingehender Erörterung bedürfen, bevor man über die wirtschaftliche Zukunft unserer Beziehungen endgültige Beschlüsse faßt. Die Probleme verlangen eine sehr eingehende Behandlung und Beratung. Wirtschaftliche Fragen dürfen nicht vom Standpunkt des Gefühls gelöst werden, sondern sind immer unter dem Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit zu trachten, weil sonst die Enttäuschung, die nicht ausbleiben wird, auf beiden Seiten Mißstimmung erzeugt. Das muß unter allen Umständen vermieden werden. Wie man sich die wirtschaftliche Annäherung zwischen den beiden Mittelmächten aber auch denken mag: das „System der handelspolitischen Bevorzugung“ gehört unter keinen Umständen zu den Mitteln, die eine Vertiefung jenes Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn herbeiführen können.